



# *Evangelische Verantwortung*



## *Die Täter leben noch, ebenso wie die Opfer*

Interview mit Dr. Hubertus Knabe,  
Direktor der Gedenkstätte  
Berlin – Hohenschönhausen *Seite 3*

Die Kirchen in der DDR in der  
Friedlichen Revolution 1989/90

Dr. Ehrhart Neubert,  
Pfarrer und Historiker *Seite 7*

- 4** *20 Jahre Mauerfall – Tag der Freude und Besinnung*
- 13** *Evangelisches Leserforum*
- 14** *Aus unserer Arbeit*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Wir stehen nun vor der nicht einfachen Aufgabe, unser Land aus der größten wirtschaftlichen Krise seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts hinauszuführen.*

seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts hinauszuführen. Mit Kompetenz, Weitblick und Sachverstand werden wir im Bündnis mit der FDP – den eigenen Idealen der Sozialen Marktwirtschaft treu bleibend – auch weiterhin auf den ausgewogenen **Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit** achten.

Dass die FDP in vielen Politikbereichen aus Sicht der Union keinesfalls ein einfacher Partner ist, hat sich auch in den Koalitionsverhandlungen gezeigt. Zusammen mit Frau Bundesministerin **Dr. Annette Schavan MdB** mussten wir beispielsweise in der Arbeitsgruppe „Bildung/Forschung“ bis in die Nächte hinein äußerst hart verhandeln, um zu verhindern, dass es zu einer ethisch nicht akzeptablen Infragestellung der bestehenden vernünftigen und verantwortlichen Regelungen für die bioethische Forschung kommt: Die FDP wollte den Stichtag beim **Stammzellgesetz** abschaffen und sogar das **Embryonenschutzgesetz** ändern. Dies haben wir verhindert. Die existierenden Gesetze sind und bleiben auch künftig die verbindliche Grundlage.

die neue Bundesregierung hat sich konstituiert und ihre Arbeit bereits aufgenommen. Das Ziel der Union, eine neue bürgerliche Regierung mit **Dr. Angela Merkel MdB** als Bundeskanzlerin zu bilden, wurde erreicht. Ein wichtiges politisches Signal gleich zu Beginn war es, dass alle Mitglieder des neuen Regierungskabinetts die **Vereidigungsformel „So wahr mir Gott helfe“** mitgesprochen haben. Damit wurde dokumentiert, dass sich die Regierungsglieder in der bewussten Verantwortung vor Gott und den Menschen wissen. Wir stehen nun vor der nicht einfachen Aufgabe, unser Land aus der größten wirtschaftlichen Krise

Im neuen Koalitionsvertrag wurde verabredet, dass der **Schulbesuch von Kindern auch in aufenthaltsrechtlicher Illegalität** in Zukunft ermöglicht wird. Es ist gut, dass dies nun endlich umgesetzt wird. Der EAK wird sich auch weiterhin für eine **vernünftige Nachfolgeregelung** als Ergänzung zur geltenden **Bleiberechtsregelung** einsetzen. Gemeinsam mit den Kirchen und der Diakonie ist für uns des Weiteren die **Sicherstellung guter Pflege** eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Die Absicht der neuen Regierungskoalition, die **kommerzielle bzw. gewerbliche Sterbehilfe als Straftat** festzulegen, findet ebenfalls unsere volle Unterstützung. Es ist nicht annehmbar, dass mit den existentiellen Nöten verzweifelter Menschen unter dem Deckmantel zwischenmenschlicher Hilfe Geld verdient wird.

Parallel zur Konstituierung der neuen Bundesregierung fanden in diesem Jahr auch **Ratswahlen bei der EKD** statt. **Bischöfin Dr. Margot Käßmann** wurde zur neuen EKD-Ratsvorsitzenden gewählt. Der EAK wünscht ihr und den neuen Mitgliedern des Rates für ihr neues Amt alles Gute und Gottes Segen. Ein ganz besonders herzlicher Dank gilt **Bischof Dr. Wolfgang Huber**. Er hat dem deutschen Protestantismus ein neues und überzeugendes Gesicht und wegweisende Zukunftsimpulse gegeben sowie ein starkes, eigenes Profil vermittelt. Als EAK durften wir Dr. Wolfgang Huber als erstem kirchlichen Vertreter die **„Hermann-Ehlers-Medaille“** des EAK überreichen – als Dank für seinen erfolgreichen Brückenbau zwischen Kirche und Politik.

Von Herzen gratulieren wir unserer stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, **Christine Lieberknecht MdL**, zur Wahl zur **Ministerpräsidentin von Thüringen** und wünschen Ihr für Ihre neuen Aufgaben alles Gute und Gottes Segen.

**Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr. Gottes Segen**

Ihr

**Thomas Rachel MdB**

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Interview mit Dr. Hubertus Knabe  
„Die Täter leben noch, ebenso wie die Opfer“
- 6 „Lieber Egon Krenz ...“
- 7 Die Kirchen in der DDR in der  
Friedlichen Revolution 1989/90
- 13 Evangelisches Leserforum
- 14 Aus unserer Arbeit
- 19 Meditation



## „Die Täter leben noch, ebenso wie die Opfer“

Der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, [Dr. Hubertus Knabe](#),  
im Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU, [Christian Meißner](#)

**Herr Dr. Knabe, ich habe vor kurzem Ihr neues Buch „Honeckers Erben – Die Wahrheit über DIE LINKE“ gelesen und stelle die Eingangsfrage: Was ist die Wahrheit über die Linkspartei?**

Es gibt wohl keine andere Partei in Deutschland, bei der Inhalt und Verpackung so voneinander abweichen und bei der so viel getrickt wird wie bei der Linkspartei. Das fängt schon an mit dem merkwürdigen Begriff vom „Gründungsparteitag“, der angeblich 2007 stattgefunden hat. In Wahrheit hat sich die Partei damals nur umbenannt, und die WASG-Mitglieder sind ihr beigetreten. Mit ähnlichen Tricks hat man auch schon früher operiert: Nachdem die SED die DDR zugrunde gerichtet hatte, tat ihre

Nachfolgepartei, die damalige PDS, so, als sei die Bundesrepublik für die wirtschaftlichen Probleme im Osten verantwortlich. Die Linkspartei ist eine Partei, bei der man gut daran tut, genauer hinzuschauen und sich nicht von ihren populistischen Parolen irreführen zu lassen.

**Nun raten Wahlkampfstrategen von so genannten „Roten-Socken-Kampagnen“ ab. Was raten Sie denn den Parteien im Deutschen Bundestag im Bezug auf den Umgang mit der Linkspartei?**

Für linke Extremisten gilt im Grunde dasselbe wie für rechte: Parteien, die die Demokratie in Deutschland bedrohen, gehören ausgegrenzt. Sie sind nicht koalitions- und regierungsfähig. Leider

hat die SPD diesen antitotalitären Konsens schon vor Jahren aufgekündigt. Sie suchte die Zusammenarbeit mit der PDS, um in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin an die Macht zu kommen. Später hat sie dasselbe in Hessen versucht. Jetzt bekommt sie die Quittung dafür: Die selbst herangezüchtete linke Konkurrenz treibt die SPD vor sich her und droht sie zu zerreiben.

**Derzeit ist festzustellen, dass es viele Menschen in den Neuen Bundesländern gibt, für die sich die DDR-Zeiten langsam verklären. Ein Schlagwort dabei ist: „Es war nicht alles schlecht“. Viele halten sogar die Zeit vor dem 9. November 1989 für insgesamt eine glücklichere**

**Epoche als die Zeit nach dem Mauerfall. Auch das lässt sich durch Umfragen belegen. Wie beurteilen Sie diese Art von Geschichtsvergessenheit oder vielleicht auch Geschichtsleugnung?**

Für einen Historiker ist es schon erstaunlich, wie sich das DDR-Bild in den letzten 20 Jahren gewandelt hat. Als das kommunistische Regime gestürzt wurde, konnte die SED in Deutschland keinen Blumentopf mehr gewinnen. Jeder sah die Misere, die sie angerichtet hatte. Diese Sichtweise hat sich inzwischen geändert.

Verklärung und Unwissenheit nehmen in erschreckendem Maße zu. Offensichtlich haben wir zu wenig für die Aufklärung getan. Politik und Medien haben den fundamentalen Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie vielfach verschwimmen lassen – zum Beispiel wenn ein sozialdemokratischer Regierungschef behauptet, die DDR sei „kein totaler Unrechtsstaat“ gewesen. Die kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur kommt mir vor wie Rudern gegen den Strom: Wenn man nachlässt, treibt man zurück. Stiefmütterlich haben wir auch das Erbe des Umsturzes im Herbst 1989 behandelt. So gibt es in Deutschland keine einzige „Straße der Friedlichen Revolution“, aber Hunderte von Straßen, die an Gegner der Demokratie wie Ernst Thälmann oder Wilhelm

Pieck erinnern. Anders als in Frankreich nach der Französischen Revolution von 1789 hat sich in Deutschland nach dem Sturz der SED-Diktatur keine positive gesamtdeutsche Identität herausgebildet, weil wir uns die epochale Bedeutung dieses Ereignisses viel zu wenig bewusst machen.

**Sie haben als Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wahrscheinlich auch viele einschlägige Erfahrungen gemacht. Ein Beispiel, das mir in Erinnerung ist: Es wurden vier Gedenktafeln für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Berlin-Hohenschönhausen angebracht, und dem ging ein langer kommunalpolitischer Streit voraus. Der EAK-Bundesvorstand war im vergangenen Februar bei Ihnen in Berlin-Hohenschönhausen zu Besuch: Wohnen die alten ‚Kader‘ alle noch „um die Ecke“ bei Ihnen und erschweren Ihnen die Gedenkarbeit?**

Viele Menschen denken, die DDR sei längst Geschichte. Doch die Täter leben noch, ebenso wie die Opfer. Viele Wärter und Vernehmer aus dem Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen leben sogar in unmittelbarer Umgebung der Haftanstalt. Der ehemalige Gefängnischef wohnt zum Beispiel nur zwei Straßen weiter. Seine Wachleute gehen in

demselben Supermarkt einkaufen wie ihre früheren Häftlinge, die heute Besucher durch die Gedenkstätte führen. In Hohenschönhausen spürt man, dass die Geschichte noch sehr lebendig ist. Insofern ist es schon erstaunlich, wenn oft gefragt wird, ob man die Diskussion über die Stasi nicht langsam beenden sollte. Auch die Frage nach dem Umgang mit der SED-Diktatur stellt sich in Hohenschönhausen sehr direkt. Führende Stasi-Offiziere sagen zum Beispiel öffentlich, die Opfer seien gar keine Opfer, sondern Straftäter gewesen, weil sie sich nicht an geltendes DDR-Recht gehalten hätten. Der eigentliche Skandal dabei ist, dass die Linkspartei, die im Stadtbezirk die Mehrheit hat, oft noch gemeinsame Sache mit diesen Leuten macht und ihnen nach dem Munde redet.

**In Ihrem Buch „Die Täter sind unter uns“ gibt es ein großes Kapitel, in dem es um die Aufarbeitung des DDR-Unrechts geht – sofern man überhaupt von Aufarbeitung reden kann. Denn das Resümee, das sie ziehen, lautet, dass diese nur unzureichend getätigt wurde. Wie beurteilen Sie das jetzt? War das einer der großen Fehler nach der Wiedervereinigung, dass nicht konsequent das Unrecht des SED-Regimes geahndet und verurteilt wurde?**

Wenn eine Diktatur zusammenbricht oder gestürzt wird, dann ist es die Aufgabe des darauf folgenden Systems, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Tut man das nicht, legitimiert man das Unrecht nachträglich, statt künftige Nachahmer abzuschrecken. Das ist, wie wenn man einen Bankraub in Deutschland nicht mehr bestrafen würde. Dann würden viele Menschen denken: „Warum soll ich nicht auch mit einer Pistole in eine Bank gehen und mich bedienen?“ Bei Diktaturen ist das ähnlich: Wenn man sie nicht ahndet, erscheinen sie legitim. Diesen Prozess erleben wir gerade mit der DDR. Viele, die am SED-Unrecht mitgewirkt haben, sind der Meinung, sie hätten sich nichts vorzuwerfen, denn sie sind ja niemals dafür bestraft worden. Das war nach dem Nationalsozialismus nicht anders. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger, der als Marinerichter zwei Matrosen zum Tode verurteilt hatte, prägte einmal den Satz: „Was früher Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Genauso argumentieren heute auch die Stasi-Offiziere. Wir haben es Ihnen dabei sehr leicht gemacht, denn von den zuletzt 91.000 hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern mussten nur zwei ins Gefängnis.

**Was kann die Politik tun, um die notwendige Erinnerungsarbeit und Aufarbeitung 20 Jahre nach dem Mauerfall in**

## Pressemitteilung vom 09.11.2009

### 20 Jahre Mauerfall – Tag der Freude und der Besinnung

**Anlässlich des 20. Jahrestages des Falles der Berliner Mauer erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Mit großer Freude und in tiefer Dankbarkeit gedenken wir heute des Falles der Berliner Mauer vor 20 Jahren. Dieses unvergessliche historische Ereignis ist ein wichtiger Anlass zur Besinnung und Rückschau für alle Deutschen.“

Der Beitrag der Christinnen und Christen für den Fall der Mauer ist besonders hervorzuheben. Viele protestantische Kirchengemeinden entwickelten sich bis zum Herbst 1989 zu Ausgangspunkten einer friedvollen zivilgesellschaftlichen Protestbewegung, die sich mit Kerzen und mit Kirchenliedern, mit Gebeten und getragen durch die Kraft des Evangeliums gegen den totalitären Unrechtsstaat stellten und diesen schließlich in die Knie zwangen.

Die Wiederkehr des 9. November 1989 ist jedoch nicht nur ein Tag freudiger Dankbarkeit, sondern auch ein Datum mahnenden Gedenkens im Namen all der zahllosen Opfer. 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es eine wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Erinnerung an die DDR nicht durch die eigentlichen Machthaber von einst und ihre politischen Erben prägen und verfälschen zu lassen. Als EAK werden wir jeder nostalgischen Verklärung der DDR entschieden entgegenwirken. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Dies darf weder totgeschwiegen noch beschönigt werden.“



**Ihrem Sinne in zielführender Weise zu bewerkstelligen?**

Zum einen brauchen wir eine Aufklärungsoffensive in den Schulen. Es kann nicht sein, dass wir eine neue Generation heranziehen, die in Sachen DDR völlig ahnungslos ist. Das ist unverantwortlich, da wir sie dadurch praktisch dazu verdammen, all die Fehler der Vergangenheit noch einmal zu machen. Zum Zweiten müssen wir über die Schulen hinaus mehr für die historische Aufklärung tun. Das Spektrum möglicher Maßnahmen reicht von einem Preis für Filme, die sich kritisch mit dem DDR-Unrecht beschäftigen, bis zu einem nationalen Gedenktag, an dem deutschlandweit an die Opfer der SED-Diktatur erinnert wird – ähnlich wie am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Zum Dritten müssen die Opfer angemessen entschädigt und gewürdigt werden. So wie wir dem Zentralrat der Juden und anderen NS-Opfergruppen Respekt zollen, müssen wir das auch gegenüber den Opfern der SED-Diktatur tun. Schließlich sind viele von ihnen unter hohem persönlichen Risiko für Freiheit und Demokratie eingetreten. Man hört heute oft, junge Leute sollten sich für die Freiheit einsetzen und Zivilcourage zeigen. Die Opfer der SED-Diktatur haben genau dies

*Bei der Aufklärung über die kommunistische Diktatur fallen wir eher zurück.*

getan, aber im Grunde genommen nur Nachteile davon – und zwar bis heute, weil sie unter den Folgen vieler Maßnahmen weiter leiden. Wer in der DDR aus politischen Gründen keine Karriere machen durfte, bekommt dies nämlich heute bei seiner Rente zu spüren. Umgekehrt profitiert ein Abteilungsleiter des DDR-Innenministeriums bei den Altersbezügen immer noch von seiner früheren Tätigkeit. Widerstand wird also bestraft und Unterdrückung belohnt – das ist kein gutes Signal für die Zukunft.

**Sie haben den Berliner Mauerfall im Alter von 30 Jahren und als Sohn eines aus der DDR geflohenen Elternpaares erlebt. Welches sind denn Ihre privaten Erinnerungen, die Sie an den 9. November 1989 haben?**

Ich habe den Mauerfall von der anderen Seite erlebt. Ich hatte jahrelang Einreiseverbot in die DDR, ebenso meine Frau, die aus der DDR ausgewandert ist. Das war sehr belastend, weil die Familien zerschnitten waren, weil sie nicht ihre Eltern besuchen durfte und ich nicht meine Cousins und Cousinen. 1989 haben wir in West-Berlin gelebt. Am 9. November klingelte es plötzlich in der Nacht, und wir dachten, es seien Leute, die sich

*Buchtipps*



Hubertus Knabe,  
**Honeckers Erben – Die Wahrheit über DIE LINKE**  
Propyläen-Verlag, Berlin 2009  
ISBN 978-3-549-07329-2  
gebunden, 448 Seiten, 22,90 EUR

in der Tür geirrt hätten. Als wir am nächsten Morgen hörten, dass die Mauer offen stand, erfuhren wir, dass es unsere Ost-Berliner Freunde gewesen waren, die versucht hatten, uns zu besuchen. Am nächsten Tag bin ich zum Grenzübergang Bornholmer Straße gefahren, und während mir Zehntausende von Ost-Berlinern entgegenkamen, habe ich mich gegen den Strom nach Ost-Berlin bewegt. Ich betrachte es bis heute als großes Glück, dass dieses tödliche Bauwerk aus der Stadt verschwunden ist.

**Gibt es eine besondere Erwartung, die Sie mit den Gedenkveranstaltungen und Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls verbinden?**

Ich habe die Sorge, dass die Feierlichkeiten zum Mauerfall in ‚Sonntagsreden‘ erstarren könnten. Bei aller Freude über die glückliche Wendung der Geschichte – sie verpflichtet uns vor allem, dafür zu sorgen, dass eine Diktatur wie in der DDR nie wieder entstehen kann. Dafür muss man etwas tun oder diejenigen, die etwas tun wollen, wirksam unterstützen. In anderen Bereichen geht das doch auch: Es gibt Anti-Aids-Kampagnen, Programme gegen Rechtsradikalismus, Werbekampagnen fürs Energiesparen... Nur bei der Aufklärung über die kommunistische Diktatur fallen wir eher zurück, als dass wir vorankommen. Das muss sich dringend ändern.

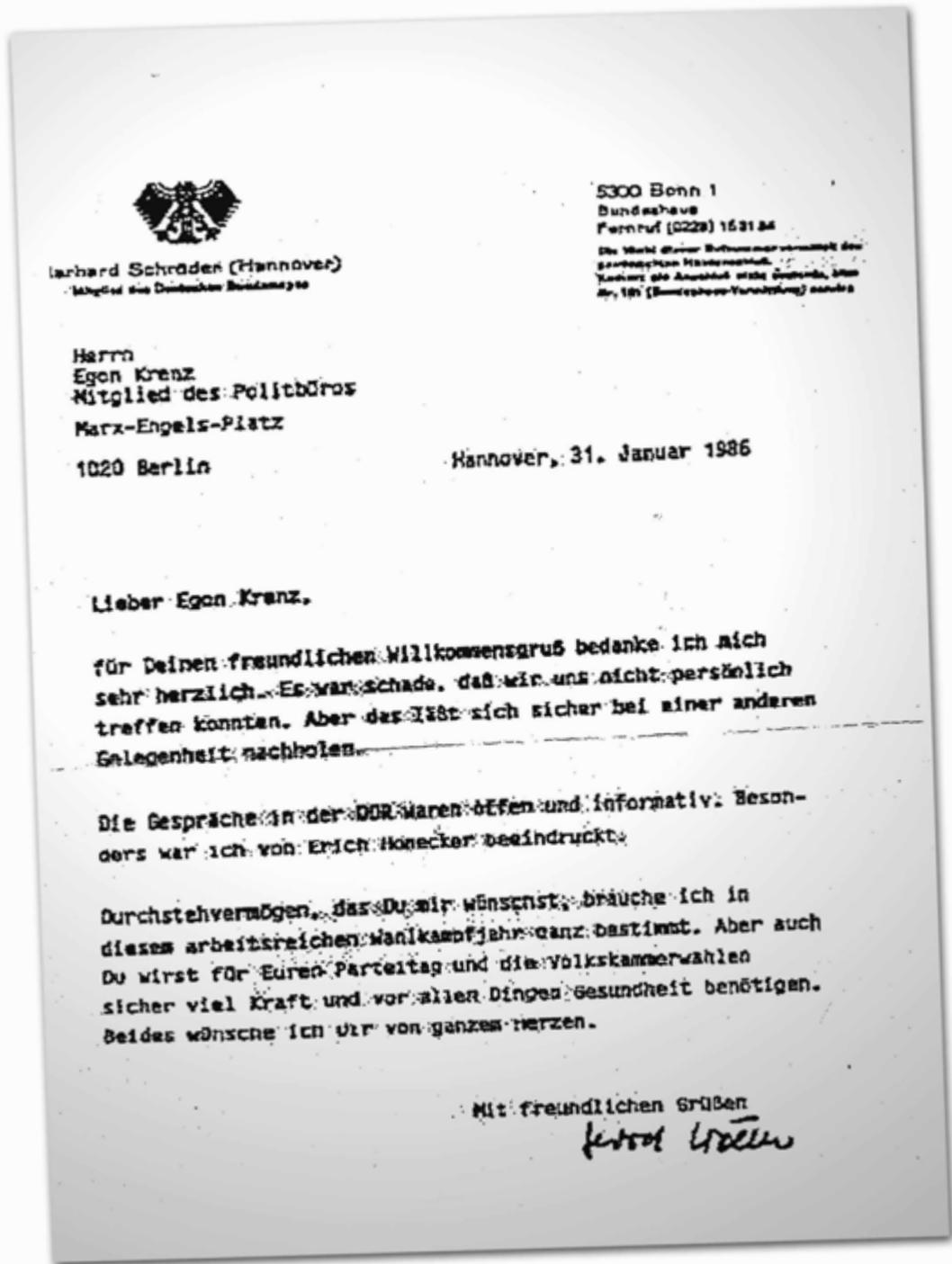
**Herr Dr. Knabe, der EAK dankt Ihnen vielmals für dieses Gespräch!**



*Dr. Hubertus Knabe*  
ist Historiker und Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

# Brief von Gerhard Schröder MdB (SPD) an Egon Krenz (1986)

Das folgende historische Dokument wurde dem EAK freundlicherweise von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um einen Brief vom 31. Januar 1986, den der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder MdB (SPD) an Egon Krenz schrieb, der wenig später zum Sekretär des Zentralkomitees der SED gewählt wurde.



31. Januar 1986 Gerhard Schröder MdB an Egon Krenz:

Lieber Egon Krenz,  
für Deinen freundlichen Willkommensgruß bedanke ich mich sehr herzlich. Es war schade, daß wir uns nicht persönlich treffen konnten. Aber das läßt sich sicher bei einer anderen Gelegenheit nachholen.  
Die Gespräche in der DDR waren offen und informativ. Besonders war ich von Erich Honecker beeindruckt.  
Durchstehvermögen, das Du mir wünschst, brauche ich in diesem arbeitsreichen Wahlkampfjahr ganz bestimmt. Aber auch Du wirst für Euren Parteitag und die Volkskammerwahlen sicher viel Kraft und vor allen Dingen Gesundheit benötigen. Beides wünsche ich Dir von ganzem Herzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Gerhard Schröder



# *Die Kirchen in der DDR in der Friedlichen Revolution 1989/90*

Aus der Sklavensprache zum befreienden Wort

| Pfarrer Dr. Ehrhart Neubert

**E**inerseits ist die Rolle von kirchlichen Amtsträgern und Mitarbeitern, von Kirchengemeinden und -gebäuden in der Revolution unübersehbar. Andererseits beschreiben manche die Kirchen als Bremser und Stütze des untergehenden Systems.

## **Das Scheitern des kirchenpolitischen Konzeptes „Kirche im Sozialismus“**

1988 war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in eine ernsthafte Krise geraten. Seit den Vereinbarungen zwischen dem SED-Staat und der Evangelischen Kirche am 6. März 1978 war unter der zweideutigen Formel „Kirche im Sozialismus“ eine Art Burgfrieden hergestellt.

Die Kirchen konnten einige Erleichterungen verbuchen, und der SED-Staat erhielt sich eine seiner letzten nichtkommunistischen Legitimationsstützen.

Diese Formel hatte für das kirchliche Leben und für die christliche Existenz der Kirchenmitglieder kaum eine Bedeutung. In ihrer Unbestimmtheit zementierte sie einen Status quo zwischen Kirche und Staat, in dem die Kirchen auf Gespräche und Verhandlungen angewiesen blieben. Nicht wenige Kirchenleute benutzten dazu auch die konspirativen, allerdings kirchenrechtlich verbotenen Kontakte mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Doch diese Art Kirchenpolitik konnte die Bruchstellen des Unverbindbaren nicht heilen. Kirchenmitglieder wurden

nach wie vor benachteiligt, und die Kirchenleitung musste immer wieder gegen Übergriffe staatlicher Institutionen protestieren.

Die Kirchen mit ihrer theologischen und geistlichen Substanz und der institutionellen und organisatorischen Differenz waren in die Konstruktion des sozialistischen Staates nicht einfügbar. Sie besaßen eine eigene Öffentlichkeit, die nicht hermetisch nach außen abgeschlossen werden konnte.

Das neue kirchliche Selbstbewusstsein veranlasste 1988 die SED, einen Freidenkerverband zu initiieren, um dem öffentlichen Einfluss der Kirchen entgegenzusteuern. Zugleich startete sie letzte Versuche, um Verbündete in den Kirchen

zu mobilisieren, wie beim Besuch Honneckers zur Wiedereinweihung des Greifswalder Doms.

Als Oppositionsgruppen unter Beteiligung von kirchlichem Personal im Mai 1989 die Wahlfälschungen aufdeckten und Protestdemonstrationen planten, versuchte die Konferenz der Kirchenleitungen diese zu bremsen. Die Konferenz monierte in ihrer Tagung vom 2. bis 3. Juni 1989 „die beobachteten Unstimmigkeiten bei der Auswertung der Wahl“ und appellierte an die SED für „eine Weiterentwicklung des Wahlverfahrens“ Sorge zu tragen. Zugleich hieß es:

„Wir bitten Gemeindeglieder und Mitarbeiter unserer Kirchen, ihre Anfragen sachlich vorzubringen [...]. Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“<sup>1</sup>

Aus Phobie vor Demonstrationen gaben Amtsträger der Berlin-Brandenburgischen Kirche am 9. Oktober 1989 einen als „dringende Bitten“<sup>2</sup> formulierten Aufruf zur Beendigung der Demonstrationen heraus. Inzwischen waren aber unzählige Kirchengemeinden dazu übergegangen, ihre Logistik der Revolution zur Verfügung zu stellen.

Am 20. Oktober 1989 zeigte das *Neue Deutschland* in großer Aufmachung den neuen Generalsekretär der SED, Egon Krenz, mit den Bischöfen Werner Leich und Christoph Demke sowie mit Manfred Stolpe und Martin Ziegler. Anschließend wurde gemeldet, die Gesprächspartner seien übereingekommen, den beginnenden Dialog „nicht durch unbedachte Handlungen zu stören“ und „das Vertrauen der Bürger in die Politik des Staates zu entwickeln.“<sup>3</sup> Die Opposition war verärgert.<sup>4</sup> Erst später sollte offenbar werden, dass besonders Leich die öffentlichen Rechtfertigungen des Massakers auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz durch Krenz genauso kritisiert hatte, wie den Wahlbetrug bei der Kommunalwahl im Mai 1989. Stolpe hingegen, der häufig im Herbst 1989 mit der alten Macht Absprachen tätigte, meinte, es „nutze niemandem, in der Vergangenheit herumzukramen“ und für eine neue Wahl brauche das Wahlgesetz „nicht geändert [zu] werden.“<sup>5</sup> Dies sollte nicht der letzte Versuch Stolpes bleiben, Krenz vor Angriffen seitens der Opposition zu schützen.

Diese Phänomene als simple Kollaboration zu deuten, wäre nicht richtig. Mahnungen einiger Kirchenleitungen zur Ruhe hatte es auch schon in der ersten großen Krise des SED-Staates, am 17. Juni 1953, gegeben. Wie damals „offenbarten“

*Der SED-Staat musste zusehen, dass sich in den 1980er Jahren oppositionelle Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen formierten.*

sie bisweilen auch 1989 „ihre tief in protestantischer Mentalität verankertes Bewusstsein, dass nur eine intakte staatliche Ordnung protestantische Existenz garantiert.“ Dabei haben sie mehr oder weniger vorsichtig auch kritische Positionen vertreten. Die Kirchen handelten in den anomischen Verhältnissen sowohl 1953 wie auch 1989 gemäß ihres eigenen politischen Rollenverständnisses als Verfechter staatlicher Ordnung. Sie erwiesen sich so in den instabilen Verhältnissen als letzte stabile Institutionen.<sup>6</sup> Dies aber schloss revolutionäre Haltungen aus. Umso mehr stellt sich die Frage, wie konnten die Kirchen dennoch revolutionäre Funktionen übernehmen?

### Die Kirchen im Auftakt der Revolution

1988 stürzte die kirchenpolitische Fassade ein. Ende 1987 und im Januar 1988 versuchte der SED-Staat mit einer Verhaftungswelle, die in kirchlichen Strukturen operierende Opposition mundtot zu

machen. Der Staat verlangte kategorisch, dass die Kirchen der Opposition keine Handlungsräume mehr zur Verfügung stellen sollten. Die Kirchen waren längst im geschlossenen politischen und gesellschaftlichen Raum zu einer Art Ersatzgesellschaft und Ersatzöffentlichkeit geworden. In diesem öffentlichen Raum führten nahezu alle kritischen und unterdrückten Potentiale die sonst verbotenen Diskurse. Der SED-Staat musste zusehen, dass sich hier in den 1980er Jahren oppositionelle Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen formierten.

Kirchenleitungen und auch Gemeinden waren von dieser inneren Unruhe zwar oft nicht angetan, Kirche sei kein „Oppositionslokal“ und sie stände „für alle, aber nicht für alles“ offen.<sup>7</sup> Andererseits haben Theologen, etwa der Erfurter Propst Heino Falcke, oppositionelle Gruppen auch theologisch legitimiert.<sup>8</sup> Beunruhigt wurde die SED auch durch den so genannten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung“ seit 1988. Die von dieser Versammlung verabschiedeten Texte verlangten einen „freimütigen und ehrlichen



Meinungsaustausch“, mehr „Rechtssicherheit“, eine „klare Trennung der Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen“, eine Wahlrechtsreform sowie „gleiche Chancen für alle unabhängig von ideologischen Überzeugungen“. Weiterhin forderten sie für „mündige Bürger [...] ungehinderte Möglichkeit sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen“ handeln zu können.

Zeitgleich erklärten bekannte kirchliche Stimmen wie Richard Schröder, Götz Planer-Friedrich und Landesbischof Leich die vieldeutige Formel „Kirche im Sozialismus“ für unbrauchbar. Auch neue kirchenpolitische Verhandlungen konnten diesen Riss nicht mehr heilen. Der Beauftragte des Politbüros Werner Jarowinsky sprach am 19. Februar 1988 gegenüber Bischof Leich vertraulich vom Missbrauch „der Kirche als ‚trojanisches Pferd‘“<sup>10</sup>. Die Krise der Kirchenpolitik spitzte sich noch zu, als Leich vor der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) am 20. September 1988 forderte, dass die Gesellschaft „ein menschliches Angesicht“<sup>11</sup> haben müsse. Umgehend reagierte Honecker am 26. September 1988 auf einer Kampfgruppenparade:

„[...] ich möchte im Gegensatz zu manchen verantwortungslosem Gerede von Leuten, die es besser wissen müssten, sagen, dass das Antlitz des Sozialismus auf deutschem Boden noch nie so menschlich war wie heute [...]“<sup>12</sup>

Die Kirchen trauten dem SED-Staat nicht mehr zu, die anstehenden Probleme zu lösen. Der Staat war selbst zum Problem geworden. In Leipzig sollten nach der Sommerpause die wöchentlichen Friedensgebete ab dem 4. September verhindert werden. In den Verhandlungen verwiesen die kirchlichen Vertreter darauf, dass die Friedensgebete nur deswegen diese Rolle spielten, weil der Staat den Dialog verweigere und stattdessen mit Gewalt gegen die Protestierer vorgehe. Eine Absage der Friedensgebete hätte „noch schlimmere Auswirkungen“.<sup>13</sup>

Die Konferenz der Kirchenleitungen richtete am 2. September einen veröffentlichten Brief an Honecker. Der wurde gebeten, eine „offene und wirklichkeitsnahe Diskussion“ zuzulassen, statt mit „Belehrungen oder sogar Drohungen“ zu reagieren. Es sollten „eine realistische Berichterstattung“ ermöglicht, und jeder „Bürger als mitverantwortlicher Partner“ respektiert werden.<sup>14</sup> Die SED sagte ein schon verabredetes Treffen zwischen Honecker und

hochrangigen Kirchenvertretern ab. Landesbischof Leich riet, Empfängen und Feierlichkeiten zum bevorstehenden 40. Jahrestag der DDR fernzubleiben. Vergeblich versuchte der Staat, die Kirchen für die Stabilisierung der Lage zu gewinnen.

Bei der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach verschärften die kritischen Theologen und Laiensynodalen die kirchenpolitische Situation trotz intensiver konspirativer Einflussnahme durch die Agenten des MfS. Am Rande der Synode wurden Papiere der Oppositionsbewegungen und einiger Ost-CDU-Rebellen verteilt. Die Synode erklärte in ihrem Beschluss:

„Wir brauchen: ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Reformen in unserem Land dringend notwendig sind, [...] verantwortliche pluralistische Medienpolitik; demokratische Parteilvielfalt; Reisefreiheit für alle Bürger; wirtschaftliche Reformen; verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum; Möglichkeit friedlicher Demonstrationen; ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“<sup>15</sup>

Es folgten wütende Angriffe in der SED-Presse, die die Kirche auf die Seite der Konterrevolution übergelaufen sah. Das *Neue Deutschland* titelte am 21. September 1989 „Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung“. Dieser Bruch war nicht mehr heilbar. Doch hinter den Kulissen wurden von der SED an die letzten nützlichen Kirchenleute noch Wohltaten verteilt. So wurde im September für den Konsistorialpräsidenten Stolpe eine Ehrenpromotion in Greifswald vorbereitet.<sup>16</sup>

Maßgebliche Teile der Kirchen wurden nun selbst zu politischen Akteuren, die wirksam die Anliegen der Opposition stützten. Dieses Zusammenspiel der Kirchen mit den neuen oppositionellen Bewegungen war regional unterschiedlich ausgeprägt, jedoch überall zu spüren.

### Der Geist der Opposition

Zu den Eigenarten der Opposition gehörte deren enge Bindung an die Kirchen und die religiöse Motivation ihres politischen Handelns. Viele Gründer der revolutionären Bewegungen *Neues Forum*, *Demokratie jetzt*, *Demokratischer Aufbruch* und *Sozialdemokratische Partei (SDP)*

## Spendenstand

Seit dem 2. Januar 2009 haben insgesamt 187 Spender 11.009,19 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:  
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

kamen aus der kirchlichen Arbeit. Sie hatten nicht nur den geistigen Freiraum der Kirche genutzt, sondern waren auch durch theologische und spirituelle Erfahrungen geprägt. Die oppositionellen Gruppen in den Kirchen waren die Trainingsfelder zur Verarbeitung von Ohnmachtserfahrungen, zur Einübung von Demokratie und alternativen Lebensweisen.<sup>17</sup> Ähnlich wie in Polen erzeugte die Verbindung zur traditionellen und durch den Kommunismus gefährdeten Religion ein unmittelbares Freiheitsverlangen, das dem Ringen um politische Partizipation immer neue Energie verlieh.

Die oppositionellen Gruppen in der DDR hatten auf die offensichtlichen Mängel des Herrschaftsystems reagiert. Orientierung bot dabei eine protestantische Sozialethik, deren politisch motivierende Kraft aus der ihr innewohnenden Universalität rührte. Die Formel „*Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*“ drückte den universalen Anspruch Gottes aus, dem der politische Akteur in einer dramatischen Herausforderung gerecht werden wollte.

Indem also das politische Handeln als göttlicher Auftrag verstanden wurde und die menschlichen Fehlleistungen Einzelner bzw. der Gesellschaft gegenüber der aus den Fugen geratenden Schöpfung zu korrigieren waren, wurde Politisches dem Drama der Gott-Mensch-Beziehung zugeordnet. Die Missstände waren durch Buße abzustellen. Dass dabei pragmatisches politisches Handeln zu kurz kommen konnte, zeigte im Herbst der Mangel an Programmatik in Teilen der Opposition.

Die Opposition hat also die politische Energie, ihre Geisteshaltung und ihre Zivilcourage ihren kirchlichen Wurzeln zu

verdanken. Doch Programme und pragmatisches Handeln konnten die Kirchen nicht zur Verfügung stellen. Politische Gehalte mussten Oppositionelle erst im Zuge der Revolution erarbeiten.

### Spiritualität und Aufbegehren

**D**er wohl wichtigste Beitrag der Kirchen zur Revolution waren die Friedensgebete.<sup>18</sup>

Die Kirchengebäude stellten einen geschützten Raum dar, weil auch in der DDR, wie in nahezu allen Diktaturen, die Machthaber davor zurückschreckten, sakrale Orte direkt anzugreifen. In der Regel fanden die öffentlichen Proteste nach den Friedensgebeten statt. In kleinen Orten waren die Friedensgebete oft das einzige Forum der Bürgerproteste. Selbst als der öffentliche Raum ab Ende November freigekämpft worden war, wurden die Kirchen weiter als neutrale Orte genutzt, wo sich Bewegungen und Parteien vorstellen und strittige Fragen debattiert werden konnten.

Die Friedensgebete waren ein Ort der Kooperation zwischen allen relevanten, politisch agierenden Gruppen: den Ausreiseantragstellern, den kirchlichen Vermittlern, der Opposition, den Demonstranten, den Künstlern und bisweilen auch Vertretern der SED. Sie waren Nachrichten- und Materialbörse und Kommunikationsraum, Orte für Mahnwachen und Anlaufstellen für Verfolgte. Sie waren Ruhepunkt und gaben der Hoffnung auf Veränderung eine Heimat. Die Gebete boten eine verlässliche „Wiederholungsstruktur“<sup>19</sup>, die Kirchenbesuch und Demonstrationsteilnahme nahezu ritualisierten. In den meisten Orten bildete sich schnell eine Tradition an bestimmten Wochentagen aus, etwa in Rostock die *Donnerstag-Andachten*, die *Gebete für unser Land* in Erfurt, *Gebete um Erneuerung* in Wittenberg, *Gebet für gesellschaftliche Erneuerung* in Magdeburg oder die *Andacht-konkret* in Zeitz.

So wurden die Friedensgebete ein wichtiges Medium im Ringen um die Macht. Während die ideologischen Worthülsen der SED immer mehr die gesellschaftliche Realität verfehlten, konnten Oppositionelle und Kirchenleute in den Friedensgebeten Beziehungen zwischen Menschen herstellen. Oft auch für die Akteure überraschend wuchs mitten in einer Situation, wo die Angst noch die Zuversicht in Schach hielt, eine neue Kraft der Schwachen, der Schweiger, der Ängstlichen. Zu den Friedensgebeten kamen Tausende und vor den Kirchen warteten nochmals Tausende. Sie fanden im anomischen Zustand von

*So wurden die Friedensgebete ein wichtiges Medium im Ringen um die Macht.*

Staat und Gesellschaft ein Zentrum, wo die Sprache und die verwendeten Symbole mehr Zukunft für eine Neuordnung des Gemeinwesens versprachen als die kommunistischen Trommelwirbel, die zum Gefecht aufriefen.

Unerwartet nahmen auch die atheistischen Menschen die für sie ungewohnte politische Spiritualität an. Die für die meisten Oppositionellen und Kirchenleute vertraute Verknüpfung des Politischen mit dem Religiösen stellte für die nichtchristlichen Besucher einen Kontext her, der die enge Lebenswelt der DDR, die äußere und durch die

gegenwärtigen Ängste auch innere Abschnürung in einen universalistischen Horizont hinein öffnete. Die Verbindung des Religiösen mit dem Politischen in den Friedensgebeten leistete einen Beitrag zur Säkularisierung der politischen Religion der Kommunisten. Hier standen die Rituale der Befreiung den kommunistischen Ritualen der Unterwerfung gegenüber. Die politische Vernunft war in den kirchlichen Friedensgebeten angesiedelt. Deren zivilisierender Kraft war der kommunistische Zauber nicht mehr gewachsen.

Die wichtigste Anzahlung auf die Freiheit, war jedoch die Erfahrung des Glücks der freien Rede. Zeitzeugen beschreiben immer wieder, wie die Menschen in den



Friedensgebeten zu ihrer eigenen Sprache, zu ihrem eigenen Denken und Wollen zurück fanden. Und die Menschen waren dafür dankbar. Jemand schrieb eilig an eine der vielen Wandtafeln in einer Kirche: „Ein Dank der Kirche die Alle mit viel Liebe aufnehmen, zuhören und sprechen.“<sup>20</sup> Die Menschen suchten Ansprechpartner und Podien, die Versammlungen konnten nie alle Redner zum Zuge kommen lassen. So wurden Gebets- und Klagegewände aufgestellt. Die Leute schrieben, was ihnen auf der Seele brannte.

Dieses Bedürfnis nach Kommunikation zeigte sich auch außerhalb der Kirchen. Doch das Spezifische der Friedensgebete war, dass das religiöse Medium die politischen Anliegen in Zukunftserwartungen transzendierte und antizipierte. Selbst lateinische Gesänge, wie „Dona nobis pacem“, oder Choräle, wie „Verleih uns Frieden gnädiglich“, wurden zu gültigen Zeugnissen aus einer fremden und zugleich berührenden Welt, wie das *Hohe Lied der Liebe* in einer afrikanischen Übertragung:

„Da wir Sklaven waren, sprachen wir wie Sklaven, begriffen wir wie Sklaven, dachten wir wie Sklaven. Da wir frei werden, werfen wir die Ketten unserer Knechtschaft hinter uns. Glaube, Liebe, Hoffnung: sie bleiben gültig; doch ohne Gott, ohne Freiheit und Menschenwürde bleiben sie leere Schatten.“<sup>21</sup>

Die Ausstrahlung dieser politischen Spiritualität beruhte nicht zuletzt auf der religiösen Dramatisierung der unmittelbaren, aktuellen politischen Erfahrungen. Einer der theologischen Akteure berichtet über die Wortmeldungen der Besucher:

„Dann setzte eine Aussprache ein, in der hier und in den folgenden Abenden alles hoch kam, was das Volk 40 Jahre runtergeschluckt hatte: es war eine Flut von Klagen und Anklagen, Verzweiflungen und Hoffnungen, Weinen und Schreien und persönlichen Schicksalen, die erzählt wurden.“<sup>22</sup>

Die Friedensgebete waren auch ein Element der Gewaltlosigkeit der Revolution. Bis zum 10. Oktober 1989 waren mindestens 3.318 Menschen<sup>23</sup> festgenommen und dabei misshandelt und verletzt worden. Über 600 Personen wurden mit einem Ermittlungsverfahren überzogen. Bis Ende Oktober waren unzählige Menschen wegen ihres Engagements verhaftet, drangsaliert, beruflich zurückgestuft und mit anderen Schikanen bedacht worden. Auf der Seite der rebellisch gewordenen Gesellschaft

wurde insgesamt gewaltlos gehandelt. Aber das Aufbegehren war nicht von vornherein, nicht in seiner Logik gewaltfrei. Das enorme Repressionspotential des Staates erzeugte in extremen Situationen auch Gegenwehr, etwa am 4. und 5. Oktober in Dresden.

Angesichts der Gewalt haben verantwortliche Oppositionelle, Kirchenvertreter und Künstler immer wieder zum Gewaltverzicht aufgerufen. In Friedensgebeten wurden Hinweise für gewaltfreies Handeln gegeben.

In Dresden, wo es vorher zu schweren Übergriffen gekommen war, riefen die Demonstranten die aus christlicher Tradition stammenden Worte: „Vater, schlag nicht!“ und „Bruder, schlag nicht!“

Zweifellos hat die strikte Gewaltlosigkeit auch auf Polizisten und Soldaten gewirkt, die vorher gegen die Demonstranten aufgehetzt worden waren. Am 24. Oktober 1989 erbat ein Soldat an der Gebetswand in der Leipziger Thomaskirche das Gebet anderer, weil „auch wir Soldaten keine Gewalt wollten und wollen. Weil auch wir Angst haben.“<sup>24</sup>

Gewaltlosigkeit war für die Kirchenleute eine ethisch und theologisch motivierte Hilfe zur Kompensation des politischen Konfliktpotentials. Für die Oppositionellen war sie darüber hinaus ein strategisches Instrument zur Überwindung der Kommunikationsblockaden der SED. Und für den Staat bot sie die Wahrung des Gesichtes sowie einen Zeitgewinn in einer verfahrenen Lage.

### Kirche als gesellschaftlicher Vermittler an den Runden Tischen

Durch die Krise geschwächt, suchten die Kommunisten notgedrungen im Zerfall Stabilisierung, indem sie Vereinbarungen mit der vorher bekämpften Opposition anstrebten. So kam es zu den Verhandlungen am *Runden Tisch*, die der SED – trotz vieler politischer Manöver – zunehmend entglitten.

Die Kontaktgruppe der Opposition, in der alle wesentlichen oppositionellen Bewegungen vertreten waren, hatte im November 1989 den *Runden Tisch* vorbereitet. In ihrer Sitzung am 24. November 1989 wurden die Kirchen offiziell gebeten, die Einladung zum *Runden Tisch* auszusprechen.<sup>25</sup> Es musste

*Angesichts der Gewalt haben verantwortliche Oppositionelle, Kirchenvertreter und Künstler immer wieder zum Gewaltverzicht aufgerufen.*

eine Gesprächsebene zwischen den alten und den neuen Kräften gefunden werden. Für diese vermittelnde Aufgabe schienen nur die Kirchen geeignet zu sein, weil sie Erfahrungen mit politischer Konfliktminimierung hatten und ein

Mindestmaß an Vertrauen auf beiden Seiten genossen. Am *Zentralen Runden Tisch* in Berlin haben diese Aufgabe die kirchlichen Moderatoren Oberkirchenrat Martin Ziegler, Monsignore Karl-Heinz Ducke und Pfarrer Martin Lange souverän gelöst.

Als die Debatten um den *Zentralen Runden Tisch* öffentlich wurden, bildeten sich um den 20. November in den Regionen erste *Runde Tische*. Seit der ersten Dezemberwoche luden auch die Räte der Bezirke, der Kreise

und vieler Kommunen zu *Runden Tischen* ein, die bis Januar installiert wurden. Die kirchlichen Vertreter verschiedener Konfessionen nahmen vielfach eine hervorragende Stellung ein und beanspruchten bisweilen ein eigenes Stimmrecht. Sie verfügten über Sprachfertigkeiten und nahezu allein über Erfahrungen mit demokratischen Verfahren.

Mit einem Gottesdienst in der Gethsemanekirche verabschiedete sich der *Zentrale Runde Tisch* vor den ersten freien Wahlen. Es war der erste Gottesdienst anlässlich eines staatsrechtlich bedeutsamen Aktes in der DDR.

Was sich an den *Runden Tischen* gezeigt hatte, setzte sich auch nach den ersten freien Wahlen im März 1990 fort. Ein erheblicher Anteil des neuen Personals, der neuen parteiübergreifenden politischen Klasse der Revolution kam aus den Kirchen, vor allem aus den protestantischen. Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung aus der Allianz für Deutschland, der SPD und den Liberalen. Die Koalition war trotz schwieriger Verhandlungen möglich, weil unter den neuen Politikern viele evangelische Theologen und kirchliche Laien waren, die über die Parteigrenzen

## Buchtipps



Ehrhart Neubert,  
**UNSERE REVOLUTION – DIE GESCHICHTE DER JAHRE 1989/90**  
Piper-Verlag, München 2008,  
ISBN 978-3-492-05155-2  
gebunden, 520 Seiten, 24,90 EUR

hinweg eine gemeinsame Sprache finden konnten. Allein in der Regierung bekleideten vier Pfarrer, Hans-Werner Ebeling (DSU), Gottfried Müller (CDU), Markus Meckel (SPD) sowie Rainer Eppelmann (DA), Ministerämter. Hinzu kamen Inhaber von kirchlichen Synodal- und Laienämtern, wie de Maizière, Regine Hildebrandt (SPD) oder Walter Romberg (SPD). Kirchenleute hatten wichtige Funktionen in der Volkskammer, wie der Theologe Richard Schröder, der Fraktionschef der SPD wurde, oder der Vizepräsident der Volkskammer Reinhard Höppner (SPD), der Synodalpräsident war. Sie gehörten nicht alle zur Opposition der 1980er Jahre, waren aber alle mit dem Konzeptionellen Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vertraut. Die Christen mussten nach vierzigjähriger Herrschaft der Kommunisten einspringen, weil der Gesellschaft in anderen Gruppen zuwenig politisch Begabte zur Verfügung standen.

## Die Kirche und die neue Freiheit

Der Morgen des 3. Oktober 1990 begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Ost-Berliner Marienkirche. Die Kirche stand noch einmal im Blickfeld der Öffentlichkeit.

Doch die evangelische Kirche hatte ihre neue Rolle noch nicht gefunden. Das Jahrhundert war mit Wechselbädern über sie gekommen. Nicht wenige Kirchenleute hatten mit dem NS-Staat kollaboriert. Als sie ihre Schuld betrachteten und neue Wege suchten, ließen sich wieder nicht wenige auf den SED-Staat politisch und ideologisch ein. Aber – für manche unversehens – wurde 1989 der Schatz, den sie zu hüten hatten, das an die Wahrheit gebundene Wort, zur Kraft der Freiheit. Nun aber wollten sie keinesfalls erneut mit irgendjemandem kollaborieren, auch nicht mit einer Ordnung, die den Opfern der Diktatur in ihren Gemeinden die Freiheit garantierte.<sup>26</sup>

Viele Gemeinden läuteten am 3. Oktober 1990 die Glocken aus Dankbarkeit für das Ende der Bedrückung. Der Thüringer Landesbischof Leich mahnte in seinem Hirtenwort zum Tag der Deutschen Einheit zur Solidarität mit denen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen würden. Aber er sprach aus, was viele fühlten: „Gott hat uns mehr geschenkt, als wir erwartet haben: Die Friedliche Revolution, die Freiheit und eine offene Zukunft. Wer wollte dafür heute Gott nicht von Herzen danken!“<sup>27</sup>

Sehr lange hat es gedauert bis sich die Kirchen an den besten Teil ihrer

Geschichte im Kommunismus erinnern: Die Revolution 1989/1990. Jetzt sind Gott sei Dank schon viele Stimmen zu hören, die die kirchlichen Anteile an der Freiheitsrevolution würdigen und sie, wie etwa in Leipzig jedes Jahr am 9. Oktober, auch feiern.

1 Konferenz der Kirchenleitungen, 124. Tagung, Vorlage Nr. 3/2, 2./3.6.1989. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl, Privatarchiv Neubert.

2 „Dringende Bitten“: Erklärung kirchlicher Amtsträger zu den Demonstrationen, Berlin 9.10.1989, in: Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 460.

3 Sekretariat des BEK. Schnellinformation vom 19.10.1989 mit Anlage: Pressemitteilung. Sperrfrist 19.10.1989, 17.00 Uhr, Privatarchiv Neubert.

4 Ehrhart Neubert: Diese Leute betrachten die Demokratisierung immer noch als ein Planspiel, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.10.1989.

5 Vgl. Ehrhart Neubert: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, herausgegeben von Fraktion Bündnis im Landtag Brandenburg, Potsdam 1993, S. 61.

6 Vgl. Robert F. Goeckel: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker, Leipzig 1995.

7 Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz, Frankfurt a. M./Berlin 1995, S. 15.

8 Heino Falcke: Kirchen im Friedensbund Gottes. Ekklesiologische Aspekte des Friedensauftrages der Kirche heute, Vorlesung vom 24.11.1985, Privatarchiv Neubert.

9 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Berlin 1990, S. 72ff.

10 Initiative Frieden Menschenrechte (Hg.): Die Kirche, August 1988, Samisdat, S. 5.

11 Werner Leich: Gesellschaft mit menschlichem Angesicht, in: Kirche im Sozialismus 1988/5, S.171.

12 Erich Honecker: Verantwortungsloses Gerede, in: Kirche im Sozialismus, 1988/5, S. 172.

13 Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hg.): Freunde und Feinde, Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9.10.1989, mit einem Vorwort von Harald Wagner, Leipzig 1994, S. 381.

14 Leich, Werner: Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitung, Schreiben vom 4.9.1989 mit Sperrfrist 9.9.1989 an die Gemeinden des BEK, A 1013 – 3144/89.

15 Beschluss der Synode des BEK vom 15.–19.9. Abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 216.

16 Vgl. Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche

1969 – 1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Frankfurt a. M. 1995, S. 580f.

17 Hans-Jochen Tschiche: Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung, in: Arbeitsmaterialien des Fortsetzungsausschusses Frieden konkret beim Evangelischen Jungmännerwerk Berlin, Februar 1988, Privatarchiv Neubert.

18 Die bislang fundierteste Analyse der Friedensgebete: Herrmann Geyer: Nikolaikirche, montags um fünf: die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig, Darmstadt 2007.

19 Dazu: Georg Wagner-Kyora: Eine protestantische Revolution in Halle, in: Günther Heydemann/Gunter Mai/Werner Müller (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 361/362.

20 Monika Reum/Steffen Geißler(Hg.): Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991.

21 Übertragung von 1. Korinther 13.11, in: Hans-Jürgen Sievers: Stundenbuch einer Revolution. Die Leipziger Kirchen im Oktober 1989, Göttingen 1990, S. 74.

22 Bernd Winkelmann: Es geschieht an uns. Die tragende Kraft politischer Spiritualität. Erfahrungen aus den Kirchen und Gruppen in der DDR und in der Wendezeit, Vortrag am 28.10.2003 in Adelsborn, Privatarchiv Winkelmann.

23 Vgl. Tobias Hollitzer/Reinhard Bohse (Hg.): Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution, Fribourg 2000, S. 457. (Nach Angaben) des Generalstaatsanwalts Günter Wendland wurden 3456 Personen festgenommen. Vgl. Neues Deutschland vom 20.11. 1989, S. 3.

24 Steffen Alisch: Die Gebetswand in der Leipziger Thomaskirche, in: Wolf-Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 139.

25 Schreiben der Kontaktgruppe der Opposition an das Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz und das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen. Berlin 24.11.1989, in:

Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 463.

26 Vgl. Uwe-Peter Heidingsfeld: Evangelische Kirche und Wiedervereinigung – Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: idea Dokumentation 10/2006.

27 Werner Leich: Hirtenwort des Bischofs, in: Glaube und Heimat 39 vom 30. 09. 1990, S. 1.



**Dr. Ehrhart Neubert** ist Pfarrer und Historiker und war tätig in der Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)



Matthias Schreiber und Claudia Rosenthal,  
**Führungskräfte der Bibel –  
 Management mit Noah, Mose und Paulus**  
 Verlag SCM Hänssler, Holzgerlingen 2009  
 ISBN 978-3-7751-4997-6  
 gebunden, 112 Seiten, 16,95 EUR

Nach der Lektüre dieses von einem Protestanten und einem Katholiken gemeinsam geschriebenen Buches weiß man: Mose ist auch für Manager aktuell. Paulus auch für Führungskräfte. Für die entscheidenden Fragen auch des heutigen des Lebens finden sich in der Bibel vielfältige und hilfreiche Antworten. Die Bibel erzählt auch über das Leben vieler „Führungspersönlichkeiten“. Deren konkrete Lebenssituation – so die Autoren – war natürlich eine andere, ihre Fragen ans Leben unterscheiden sich aber strukturell nicht von unseren heutigen. Die 19 biblischen Porträts, jeweils angereichert mit besinnlichen und nachdenkenswert theologischen Sinnsprüchen, sind ausgesprochen inspirierende Meditationen. Das Buch bietet keine Blaupausen oder Schablonen für gelingendes Leben, sondern zeigt vielmehr die hilfreichen, biblischen „Leitplanken“ auf. In der Bibel finden wir keine modernen Beispiele, aber das Leben kennzeichnende Orientierungshilfen, die Maß und Mitte und Hilfe und Halt vermitteln können: Mose und Noah, David und Elia standen vor ähnlichen Fragen wie wir heute. Und die Antworten, die sie fanden, haben Bestand. Ein ungewöhnliches und gerade darum sehr lesenswertes Bändchen für alle, die heutzutage Leitungsverantwortung wahrzunehmen haben.

*Empfehlung* ★★★★★



Frank Crüsemann, Kristian Hungar,  
 Claudia Janssen, Rainer Kessler und  
 Luise Schottroff, (Hrsg.)  
**Sozialgeschichtliches  
 Wörterbuch zur Bibel**  
 Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2009  
 ISBN 978-3-579-08021-5  
 gebunden, 775 Seiten, 68,00 EUR

In mehr als 200 Artikeln werden anschaulich die Lebensverhältnisse zu der Zeit erklärt, als die biblischen Traditionen entstanden und über Generationen weitergereicht und weiterentwickelt wurden. Das Nachschlagewerk ist in dieser Form einzigartig. Es bietet rasche und zuverlässige Informationen über die biblischen Lebenswelten und eröffnet einen neuen Zugang zu den Texten des Alten und Neuen Testaments. Die Rekonstruktion der biblischen Lebensverhältnisse basiert naturgemäß auf der materiellen Kultur. Wie die Gegenstände des Alltags aussahen, ist im Detail gut bekannt. Wie nun mit ihnen gelebt und gearbeitet wurde, vor allem, wer mit ihnen gearbeitet hat oder arbeiten musste, interessiert. Deshalb ist die Darstellung der Einzelheiten eingebettet in größere sachliche Zusammenhänge. Und von den dort erläuterten sozialen Zusammenhängen und Konflikten aus erschließt sich dann auch der Symbolwert, der vielen Gegenständen und Begriffen aus der materiellen und der gesellschaftlich-politischen Sphäre in der religiös-biblischen Sprache zukommt. Ein nützliches Stellen- und ein Sachregister runden dieses

hervorragende und sehr interessante Buch ab, das von „Abgaben“ religiöser Natur über „Familie“, „Soziale Schichtungen“ und „Wirtschaftssystem“ bis hin zu „Zeitvorstellungen“ die wichtigsten Begriffe und Sachzusammenhänge der Bibel anschaulich erläutert.

*Empfehlung* ★★★★★



Berndt Seite,  
**Schneeengel frieren nicht –  
 Eine Biographie**  
 Verlag Theater der Zeit, Berlin 2009  
 ISBN 978-3-940737-59-5  
 gebunden, 350 Seiten, 18,00 EUR

Der ehemalige Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommerns und Ministerpräsident des Landes (von 1992 bis 1998) legt hiermit seine Biographie vor. Der Leser bekommt – auch durch zum Teil sehr persönliche Schilderungen (trotz der etwas ungewöhnlichen Erzählweise in der 3. Person, die sich erst am Ende in die erste Person auflöst) – tiefe Einblicke in das Alltagsleben der DDR sowie die politische Landschaft der Jahre vor und nach der Epochenschwelle 1989. Die Themen „Freiheit“ und „Wahrhaftigkeit“ ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch die sprachlich und auch schriftstellerisch gelungene Darstellung. Berndt Seite lässt uns hautnah teilhaben an seinen Zweifeln, Ängsten und Versuchungen und eröffnet somit aus der unmittelbaren Betroffenenperspektive heraus (gerade auch für Zeitgenossen aus den alten Bundesländern) interessante und ungewohnte Einblicke. Am Ende zeigt sich uns jemand, der glaubwürdig sagen kann: „Ich hatte im Unterschied zu vielen anderen die Kraft, mich nicht verführen zu lassen.“ – Ein spannendes, tiefgründiges und von viel Lebensweisheit gekennzeichnetes Buch, dessen politische Bedeutung gerade auch in so manch kritischer Beleuchtung des politischen Geschäftes besteht.

*Empfehlung* ★★★★★



Wolfgang Schäuble,  
**Zukunft mit Maß –  
 Was wir aus der Krise lernen können**  
 Johannis-Verlag, Lahr/Schwarzwald 2009  
 ISBN 978-3-501-05190-0  
 gebunden, 144 Seiten, 9,95 EUR

Wolfgang Schäuble benennt offen die Ursachen der aktuellen Krise und macht deutlich, was Politik und Gesellschaft aus ihr lernen können. Mit Blick für die großen Zusammenhänge verknüpft er die Wirtschaftsthemen mit grundlegenden Fragen unserer Zeit und fordert auf, aus den Erfahrungen der Gegenwart zu lernen, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten.

*Empfehlung* ★★★★★



Annette Schavan bei ihrem Grußwort an die EKD-Synodalen

## Empfang des EAK auf der Herbstsynode der EKD in Ulm

Die 2. Tagung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stand von Beginn an unter besonderen Vorzeichen. **Bischof Dr. Wolfgang Huber** schied nach sechs Jahren als Ratsvorsitzender der EKD aus seinem Amt aus. Zudem wurden am 27. bzw. 28. Oktober 2009 der Rat der EKD und **Bischöfin Dr. Margot Käßmann** zur neuen Ratsvorsitzenden der EKD gewählt.

Davor fand am Montag, dem 26. Oktober 2009, der traditionelle abendliche Empfang des EAK auf der Herbsttagung der EKD-Synode im Ulmer Congress Centrum statt. Der EAK-Bundesvorsitzende **Thomas Rachel MdB** hieß die etwa 300 Gäste herzlich willkommen und nutzte sein Grußwort insbesondere für eine herzliche Verabschiedung von Bischof Dr. Wolfgang Huber seitens des EAK. „Sie haben dem deutschen Protestantismus ein überzeugendes Gesicht, Herz und wegweisende Zukunftsimpulse gegeben“, sagte der EAK-Bundesvorsitzende unter dem starken Beifall der Gäste, bevor er dem scheidenden Ratsvorsitzenden der EKD für seine vielen Verdienste

im „Brückenbau zwischen Kirche und Politik“ dankte. Mit Blick auf die abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung berichtete Thomas Rachel den Synodalen, dass die Union sich erfolgreich gegen eine Abschaffung des gesetzlichen Stichtags in der Stammzellforschung und gegen ein verändertes Embryonenschutzgesetz ausgesprochen habe. – Die Gäste des Empfangs applaudierten seitens der EKD, für die diese bioethischen Fragen von besonderer Bedeutung sind.

Die kirchliche Gestaltungskraft innerhalb der geschichtlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hob **Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB** einleitend in ihrer Ansprache hervor: „Die Politik in Deutschland wäre anders verlaufen ohne Christinnen und Christen in der Politik, ohne die Kraft der christlichen Kirchen.“ Zudem ermutigte sie die EKD-Synode, sich auch weiterhin mit klaren Worten zu aktuellen politischen Ereignissen in Berlin und ganz Deutschland zu äußern: „Sein Sie uns auch in den nächsten vier Jahren

Impulsgeber und Gesprächspartner. Halten Sie uns den Spiegel vor!“ Angesichts des nahenden 20. Jahrestages des Berliner Mauerfalls führte die Bundesministerin abschließend aus: „Es waren die Kraft und die Zivilcourage, der Geist und die Spiritualität von Christinnen und Christen, die die Mauer zu Fall gebracht haben.“ Annette Schavan hob auch die gestaltende Kraft der Ökumene hervor und dankte ganz persönlich dem scheidenden EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Dr. Wolfgang Huber für die Unterstützung bei der jüngsten Debatte um die Verschiebung des Stichtages bei der Stammzellforschung: „Und erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein persönliches Wort des Dankes an Sie, lieber verehrter Herr Bischof Huber. Das ist heute eine gute Gelegenheit, Ihnen sehr zu danken, für eine besondere Form der Begleitung, des Respektes, eine besondere Form der Klärung. Dass einmal – so persönlich möchte ich es sagen – ein evangelischer Bischof in einer großen Zeitung die Gewissensentscheidung einer katholischen Christin verteidigt, werde ich nicht vergessen.“

Da wir viele Gespräche geführt haben, wissen Sie, wie es mir in dieser Zeit gegangen ist, und wie ich zugleich davon überzeugt war, dass diese Debatte und die Entscheidung des Deutschen Bundestages damals eine war, die mit Verantwortung zu tun hat. Und spätestens bei diesen Koalitionsverhandlungen ist deutlich geworden, wie wichtig die damalige Debatte war, um jetzt auch klipp und klar sagen zu können: Es gibt keine Notwendigkeit zur weiteren Debatte. Von der damaligen Entscheidung zu heute hat sich Entscheidendes verändert. Die Wissenschaft nicht nur in Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus hat sich jetzt endlich auf den Weg gemacht nach Alternativen, wenn es um diese wichtige Grundlage der regenerativen Medizin geht. Weil auch immer mehr Wissenschaftler erkannt haben: Es kann nicht dauerhaft eine Grundlage der regenerativen Medizin sein, auf menschliche Embryonen zurückgreifen zu müssen, wenn man erfolgreich sein will. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, eine wichtige Erkenntnis für die Weiterentwicklung dieser wichtigen Forschung.“

**Katrin Göring-Eckardt** sprach als Vorsitzende der EKD-Synode zu den versammelten Gästen und dankte dem EAK für seinen Empfang als deutliches Zeichen seiner festen Verbundenheit mit der evangelischen Kirche. Zudem kommentierte die Präses die Koalitionsverhandlungen der Union und der FDP seitens der Synode: „Natürlich haben wir den Koalitionsvertrag unter anderem nach dem Wort ‚Kirche‘ durchsucht: Es kommt einige Male dort vor, worüber wir uns ausdrücklich und außerordentlich freuen. Wir nehmen das als Aufforderung, ein bestehendes Miteinander weiterzuführen.“ Das Gespräch zwischen EKD und EAK bzw. Union auch in den kommenden Jahren zu vertiefen, bezeichnete Katrin Göring-Eckardt als eine wesentliche Aufgabe des neu beginnenden kirchlich-politischen Dialogs.

Abschließend ergriff **Bischof Dr. Wolfgang Huber** das Wort und dankte insbesondere für die menschliche Seite, die der EAK und die Union neben der politisch-funktionalen Seite im Gespräch mit der EKD immer wieder deutlich gemacht haben. Zudem nutzte der Bischof die sich bietende Gelegenheit und dankte **Hermann Gröhe MdB** in Abwesenheit für seine wertvolle Arbeit im Rat der EKD in den vorangegangenen zwölf Jahren. Bischof Dr. Wolfgang Huber bezeichnete das Ausscheiden Hermann Gröhes als großen Verlust und wünschte ihm zugleich alles Gute für die neue



*Im Gespräch: Wolfgang Huber, Katrin Göring-Eckardt, Thomas Rachel und Annette Schavan*

Herausforderung als Generalsekretär der CDU Deutschlands. – Diese herzliche Ansprache leitete zum zweiten Teil des EAK-Empfangs über.

Die anschließenden Gespräche über die bevorstehenden politischen und kirchlichen Ereignisse in Berlin und Ulm dauerten in herzlicher Atmosphäre bis in die späte Nacht. Zu den bedeutendsten Gästen des EAK gehörten neben den anderen Bischöfen der verschiedenen Landeskirchen der EKD insbesondere **Bischöfin Dr. Margot Käßmann** (Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers) und **Präses Nikolaus Schneider**

(Evangelische Kirche im Rheinland), die am folgenden Mittwoch mit glänzenden Ergebnissen zur neuen Ratsvorsitzenden bzw. zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden der EKD gewählt wurden.

Der EAK-Empfang ist seit Jahren zu einem festen Bestandteil im Rahmenprogramm der EKD-Synode geworden. Die schon bestehenden, stabilen Kontakte zwischen EKD und EAK werden zu diesem Anlass Jahr für Jahr weiter ausgebaut. Schon jetzt freut sich der EAK daher auf seine weiteren Begegnungen mit dem höchsten Gremium der Evangelischen Kirche in Deutschland.

## Pressemitteilung vom 20.09.2009

### Flächendeckende Mindestlöhne sind keine Lösung

*Anlässlich der Veröffentlichung der neuen Argumentationshilfe der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für soziale Ordnung „Pro und Contra Mindestlöhne – Gerechtigkeit bei der Lohngestaltung im Niedriglohnsektor“ (EKD Text 102) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:*

„Es ist sehr erfreulich, dass sich die EKD zum umstrittenen Problem der Mindestlöhne in differenzierter Weise äußert. Die EKD kommt zu dem Schluss, dass die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für sich genommen noch keine Lösung der arbeitsmarktpolitischen Probleme darstellt, mit hohen Risiken auf dem Arbeitsmarkt verbunden sowie mit zum Teil unrealistischen Erwartungen behaftet ist. Des Weiteren plädiert die Evangelische Kirche für die möglichst große Freiheit der bestehenden Tarifautonomie.“

Als Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU) und als EAK begrüßen wir diese richtungweisende Klarstellung, die sowohl von wirtschaftlicher Vernunft als auch klarer sozialetischer Positionierung zeugt. Es zeigt sich, dass die in den Wahlprogrammen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei verlangte Einführung allgemeiner bzw. flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne nicht der richtige Weg ist, sondern dass tarifliche und branchenspezifische Lösungen gefunden werden müssen.“

# Union und EAK nehmen Unterschriftensammlung des Diakonischen Werkes der EKD entgegen

Die Kampagne „Weil wir es wert sind“ des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland will die Bundesregierung zu einer grundlegenden Verbesserung der Pflege bewegen. Ihre bundesweite Unterschriftensammlung für dieses Ziel startete die Diakonie im Mai 2009. Nur vier Monate danach konnten allen im Bundestag vertretenen Parteien in Berlin bereits mehr als 20.000 Unterschriften und Fotos von Menschen übergeben werden, welche die Kampagne „Weil wir es wert sind“ unterstützen und fördern. Günter Nooke, der Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, und EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner nahmen die zu einem Buch gebundenen Unterschriftenlisten für die Unionsparteien in der Woche vor der Bundestagswahl im Konrad-Adenauer-Haus entgegen. Im Gespräch mit Klaus-Dieter Kottnik, dem Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, und weiteren Vertretern der Diakonie sicherten sie der Diakonie die Unterstützung der Union und des EAK für ihre wertvollen Anliegen auch in den kommenden Jahren zu. Christian Meißner betonte, dass eine gute und menschenwürdige Pflege ein Gebot der Nächstenliebe sei und deren Sicherstellung eine wichtige und zentrale Aufgabe nicht nur der Diakonie als unverzichtbarer Lebensäußerung der evangelischen Kirche, sondern auch der Politik sei.

Informationen zur Unterschriftensammlung des Diakonischen Werkes der EKD finden sich unter [www.weil-wir-es-wert-sind.de](http://www.weil-wir-es-wert-sind.de). Die Unterschriftensammlung wurde am 9. November 2009 erfolgreich beendet.



Klaus-Dieter Kottnik und Günter Nooke

## Thomas Rachel erneut Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF

Die feierliche Urkundenübergabe fand am Mittwoch, dem 28. Oktober 2009, im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) durch Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB statt.



Thomas Rachel mit Annette Schavan (2. v. r.), seiner Frau Aglaia (l.) und seiner Tochter Carolina (r.)

# Pflegeforschung im *Evangelischen* *Alten- und Pflegeheim*

**W**ie kann Altenpflege durch systematisierte Wertschätzung optimiert werden? Diese Fragestellung wird die Stiftung Evangelisches Alten- und Pflegeheim in Gemünd (Kreis Euskirchen) in einem Verbundprojekt unterstützt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung in einem Forschungsprojekt untersuchen. Aus diesem Anlass war der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Thomas Rachel MdB**, in dem Evangelischen Alten- und Pflegeheim und brachte einen Zuwendungsbescheid seines Ministeriums für dieses Projekt in der Pflegeforschung mit.

„Wer in einem Pflegeheim arbeitet, erlebt die alltägliche Situation oft herausfordernd, manchmal überfordernd“, erläuterte der Christdemokrat. Rachel: „Mehr Wertschätzung für die Pflege kommt den Beschäftigten und den zu Pflegenden gleichermaßen zugute.“ In dem Evangelischen Alten- und Pflegeheim in Gemünd werden zusammen mit weiteren Partnern in den nächsten Jahren Verfahren der Wertschätzung von Pflegefacharbeit erprobt und bewertet, kündigte der Leiter der Einrichtung Malte Duisberg an. Im Zentrum steht der Arbeitsalltag von Pflegekräften, wovon sich auch der örtliche Landtagsabgeordnete Rolf Seel und Detlef Seif MdB überzeugen konnten.

Ziel ist es, erläuterte Thomas Rachel, mit diesem Forschungsprojekt im Bereich der Dienstleistungen eine „Wertschätzungskultur auf Dauer zu etablieren“ sowie wissenschaftlich überprüfte, praxistaugliche Erkenntnisse zu gewinnen, die in andere Alten- und Pflegeeinrichtungen transferiert werden können.

Der EAK-Bundesvorsitzende verwies auf die zwei Millionen Menschen die in Deutschland pflegebedürftig sind. Er erinnerte daran, dass 650.000 Pflegebedürftige heute in Heimen leben. Durch die Altersentwicklung in unserer Gesellschaft dürfte dieser Anteil eher zunehmen. Umso mehr müsste es darum gehen, eine menschengerechte und optimale



Pflege für die Betroffenen zu erreichen und gleichzeitig für die Pflegekräfte gute und motivierende Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

*Foto: Thomas Rachel (2. v. l.) überreichte der Stiftung Evangelisches Alten- und Pflegeheim Gemünd einen Zuwendungsbescheid für ein Projekt in der Pflegeforschung.*

## *Pressemitteilung vom 4.11.2009*

### Zum jüngsten europäischen Kruzifixurteil

**Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR), nach dem das Kruzifix im Klassenraum einer öffentlichen Schule in Italien die Menschenrechte von Eltern und Schülern verletze, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist ein bedenklicher Beleg für das Schwinden wesentlicher kultureller Selbstverständlichkeiten und Werteprägungen in Europa. Wer wie in der Straßburger Urteilsbegründung davon ausgeht, dass Kruzifixe auf andersgläubige oder atheistische Schüler verstörend wirken könnten, der dokumentiert damit seine ganze Distanz von den eigenen Wurzeln.

Hier offenbart sich zudem ein falsches und unausgewogenes Verständnis von Säkularität. Denn es ist wohl nicht nur für die meisten Bürgerinnen und Bürger im katholisch geprägten Italien kaum nachvollziehbar, dass mit den Mitteln der europäischen Rechtsprechung einer einzelnen Klägerin Rechte zugesprochen werden, die auf Kosten der Gemeinschaftskultur gehen. Dass der italienische Staat obendrein zu einem Schmerzensgeld in Höhe von 5 000 EUR verurteilt wurde, kann nur als absurd gewertet werden.

Dieses Grundsatzurteil könnte zu einem bedenklichen Türöffner und Präzedenzfall für weitere ideologisch bedingte Klagen werden. Ein modernes Europa, das sich von seinen geistigen, kulturellen und auch christlichen Quellen entfernt, droht auf Dauer, seine Identität zu verlieren.“

# EAK Ammerland informiert über neue Regelungen zu Patientenverfügungen

Seit dem 1. September 2009 gelten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Umgang mit Patientenverfügungen. Dies nahm der Evangelische Arbeitskreis der CDU Ammerland in Rastede zum Anlass, Mitglieder und Interessierte ausgiebig und vielseitig zu informieren.

Der Parlamentarische Staatssekretär **Thomas Kossendey MdB** eröffnete die Veranstaltung, indem er einen Überblick über die zur Abstimmung aufgestellten Gesetzesentwürfe gab und den gewählten Entwurf kurz umriss. **Rainer Sluiter** von der Betreuungsstelle des Landkreises Ammerland vertiefte dann diese

Grundlagen und gab viele praktische Tipps, auch zum Thema „Vorsorgevollmacht mit Betreuungsverfügung“. Frau **Prof. Dr. med. Kotterba** von der Ammerland Klinik schilderte anschließend Erfahrungen aus Ihrer Praxis und bezog sowohl die Patienten-, Angehörigen- als auch Medizinersicht mit ein.

Den Abschluss bildete Kreispfarrer **Lars Dede**, der noch einmal über christliche und ethische Standpunkte referierte und die Zuhörer zum Nachdenken anregte. Der volle Saal und die intensiven Nachfragen zeugten von dem großen Interesse, das dieses Thema bei den Menschen auslöst.



Landesvorsitzender des EAK-Niedersachsen, Dirk Heuer, mit der EAK-Kreisvorsitzenden Gerta Pfeiffer und dem Parlamentarischen Staatssekretär, Thomas Kossendey, zusammen mit den weiteren Gästen.

## EAK Karlsruhe-Land:

# Willi Funk neuer Kreisvorsitzender

Beim Kreistag des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Karlsruhe-Land ist **Willi Funk** (46) aus Bruchsal zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt worden und tritt damit die Nachfolge von **Jochen Fürniß** an, der nach vier Jahren nicht mehr kandidiert hatte. In seiner Antrittsrede betonte Funk, dass er künftig „weiter die evangelische Stimme in der CDU vertreten möchte“, wobei ihm insgesamt wichtig sei „dass das C in der CDU wieder mehr Gewicht erhält und mit Leben gefüllt wird“.

Den künftigen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht Funk in der Mobilisierung werteorientierter Kräfte zur Übernahme politischer Verantwortung im Landkreis Karlsruhe. Wichtig ist dem neugewählten Vorsitzenden auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen EAK-Kreisverbänden. „Wir möchten in den kommenden Monaten ganz konkret auf umliegende EAK-Kreisverbände zugehen und gemeinsame Veranstaltungen und

gemeinsame inhaltliche Schwerpunkte besprechen“, so Funk weiter. Zum Stellvertreter wurde **Friedrich Fellhauer** aus Bruchsal gewählt. Pressereferent ist **Steffen Hauth** aus Stutensee. Zu Beisitzern wurden **Oliver Haas**, **Frank Hörter** und **Markus Rendes** gewählt.



Fürniß, der vor 4 Jahren den EAK Karlsruhe-Land neu gegründet hatte, blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf erfolgreiche Jahre zurück. „Unsere Veranstaltung zum Thema Islamismus mit Wolfgang Bosbach MdB mit rund 300 Zuhörern vor zwei Jahren war sicherlich der Höhepunkt der Arbeit. Dass der EAK-Kreisverband auch im Landesvorstand mit einem Beisitzer vertreten ist, ist ebenfalls eine schöne Belohnung unserer Arbeit“ so Fürniß, der sich abschließend bei den Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedankte und dem neugewählten Vorsitzenden alles Gute für die Arbeit wünschte. (Steffen Hauth)

Der Landesvorsitzende des EAK Baden-Württemberg und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Hans-Michael Bender (2. v. r., oben), zusammen mit dem neugewählten EAK-Kreisvorstand.

## „Wie lieblich sind auf den Bergen die Füße der Freudenboten, die da Frieden verkündigen...“

(Jes 52,7)

Sucht man in diversen theologischen Lexika, Abhandlungen und Handbüchern nach dem Stichwort „Freude/Fröhlichkeit“, so macht man eine erstaunliche Feststellung: Kaum jemals wird diese doch für das Glaubensleben von Christen so zentrale Frömmigkeitsdimension eigens thematisiert! Die Bibel ist an dieser Stelle jedoch alles andere als zaghaft, verbindet sie doch sowohl im Alten als auch im Neuen Testament das Kommen Gottes mit der grundstürzenden Freude über diese Frohbotschaft. In unseren westlich-zivilisierten Wohlstandschristen scheint der entscheidende Pfeiler unseres Glaubens abhanden gekommen zu sein. Oder wie erklärt es sich sonst, dass ein Inhalt, der fürs frühe Christentum geradezu unverzichtbar war, und der die Faszination erklärbar machte, die das Evangelium in der Alten Welt auslöste, in unserer Frömmigkeit und unserem Glauben kaum mehr spürbar wird?

Die Weihnachtszeit ist voll von Anklängen an Jubel, Freude, Fröhlichkeit aus dem Geiste des Evangeliums heraus. Für uns aber scheint die Botschaft des „Freudenboten“: „Seid fröhlich und rühmt“ (v 9) zur bloßen Floskel ohne emotionale Tiefenanbindung erstarrt zu sein. Freudlos ist unser Geschenkeritual und nicht selten zur bloßen Pflicht erstarrt, während gleichzeitig die Depressionen und die Ehe- und Familienkrisen (von den Tragödien einmal ganz zu schweigen) gerade in der Weihnachtszeit statistisch überproportional zunehmen.

Wir müssen wohl den Geist der Weihnacht, die Freude über das Kommen Gottes in unsere Welt neu erlernen. Denn wahre Freude kann nur dort sein, wo wir von Grund auf, d.h. von der Mitte unserer Existenz her, angesprochen und angerührt werden. Wenn Gott selbst zu uns kommt, in die Finsternisse unserer Beziehungs- und Lieblosigkeiten, dann muss sich von daher auch die Grundstimmung unserer Existenz zur neuen Lebensfreude wandeln und erneuern. Die Alten wussten noch von dieser Freude.

So schreibt der Kirchenvater Johannes Chrysostomos treffend: „Denn wie ist es möglich, sagt man, sich beständig zu freuen, da man doch ein Mensch ist? (...) Wer sich ‚im Herrn‘ freut, kann durch keinen Zufall um diese Freude gebracht werden. Alles andere, worüber wir uns freuen, ist veränderlich, flüchtig und unterliegt leicht einem Wechsel. Und das ist nicht der einzige Nachteil: selbst die dauernden Freuden gewähren uns keine solche Wonne, dass sie den aus anderen Umständen erwachsenden Verdruß abwehren oder verdecken kann. Die Gottesfurcht aber hat diese doppelte Eigenschaft: sie ist beständig und unveränderlich und gewährt eine solche Wonne, dass wir darüber die andern widrigen Zufälle gar nicht empfinden. (...) Ein winziger Funke, der in ein unermessliches Meer fällt, wird ohne weiteres ausgelöscht: so wird auch, was einem gottesfürchtigen Menschen begegnet, ausgelöscht und vernichtet, als fiel es in ein unermessliches Freudenmeer.“

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

## Jetzt schon vormerken!

47. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 11./12. Juni 2010 in Berlin.

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

### Redaktion

Nicolas Basse,  
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducus.de

**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

### Autoren

Direktor Dr. Hubertus Knabe  
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen  
Genslerstraße 66  
13055 Berlin

Pfarrer Dr. Ehrhart Neubert

Eobanstraße 3  
99084 Erfurt

### Druck

Druckerei Conrad  
**Gestaltungskonzeption/Realisation**  
Agentur kollundkollegen., Berlin

### Fotonachweis

Titel + S. 5 © Dr. Hubertus Knabe; S. 3, 5, 14, 15  
© EAK-Bundesgeschäftsstelle; S. 7 Waltraud  
Grubitzsch – picture-alliance/ZB © dpa-Report;  
S. 8 © EyeJoy – istockphoto.de; S. 10 © naph-  
talina – istockphoto.de; S. 12 © Dr. Ehrhart Neu-  
bert; S. 16 © Diakonisches Werk; S. 17 © Stiftung  
Evangelisches Alten- und Pflegeheim; S. 18 ©  
EAK Ammerland + EAK Karlsruhe-Land

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit  
Genehmigung der Redaktion und mit Quellen-  
angabe kostenlos gestattet – Belegexemplar  
erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht  
unbedingt die der Redaktion oder der Heraus-  
geber. Papier: 100 % chlorfrei



## Bitte unterstützen Sie die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises!

Gerade in den Zeiten eines schwindenden christlichen Glaubens- und Wertebewusstseins darf unsere evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen, sondern muss auch weiterhin klar und deutlich vernehmbar bleiben.

Im kommenden Jahr planen wir etwas ganz Besonderes, wofür wir um Ihre Unterstützung bitten: Wir wollen unsere EAK-Internetpräsenz aktualisieren und nach und nach alle Ausgaben der „Evangelischen Verantwortung“ seit 1953 in digitalisierter Form zum ersten Mal für alle online verfügbar machen. Bitte helfen Sie uns, dieses einmalige und wichtige Projekt zu realisieren!

Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen. Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist, der da war und der da kommen wird.

*Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.*

### Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		Bankleitzahl	Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.
Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)			
E v a n g e l i s c h e r   A r b e i t s k r e i s			
Konto-Nr. des Empfängers		Bankleitzahl	
2 6 6 0 9 8 3 0 0		1 0 0 4 0 0 0 0	
bei (Kreditinstitut)			
C o m m e r z b a n k   B e r l i n			
		EUR	Betrag: Euro, Cent
Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)			
S p e n d e   f u e r   d i e			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)			
E v a n g e l i s c h e   V e r a n t w o r t u n g			
Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
Konto-Nr. des Kontoinhabers		18	

Konto-Nr. des Kontoinhabers
<b>Beleg/Quittung für den Kontoinhaber</b>
Empfänger
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Konto-Nr. _____ bei _____
266098300 10040000
EUR
Kontoinhaber/Einzahler
(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)